



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

Kommissionsdrucksache
19. Wahlperiode
19/16

Berlin, 7. Oktober 2021

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-30551
Fax: +49 30 227-36055
kinderkommission@bundestag.de

Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin

Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Auswirkungen von Klimawandel und Umweltverschmutzung auf Kinder und Jugendliche“

A. Einleitung

Umweltverschmutzung und Klimawandel betreffen Kinder und ihre Zukunft in besonderem Maße, auch bei uns in Deutschland. Deshalb hat die Kinderkommission einen Blick auf die bereits sichtbaren und absehbaren Folgen für Kinder – heute und zukünftig – geworfen. In neun Fachgesprächen wurden Expert:innen zum Thema „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Klimawandel auf Kinder und Jugendliche“ gehört.

Da die Kinderkommission sich für die Rechte von Kindern einsetzt und Partizipation ein wichtiger Teil dieser Rechte ist, wurden auch viele junge Menschen als Sachverständige gehört.¹ Dabei wurde deutlich, dass Kinder und Jugendliche vor allem der Bekämpfung des Klimawandels, aber auch Umweltfragen, eine hohe Dringlichkeit beimessen. Sie erwarten, im Laufe ihres Lebens zunehmend mit den Folgen der Erderwärmung konfrontiert zu werden, und fordern schnelles Handeln.

In fast allen Anhörungen formulierten Sachverständige Forderungen nach stärkeren Maßnahmen im Klima- und Umweltschutz. Auch die Frage nach sozialen Faktoren bzw. einer sozial ausgewogenen Ausgestaltung von Klima- und Umweltschutz trat immer wieder zu Tage.

¹ s. dazu auch Fußnote 53.



B. Feststellungen und Forderungen der Sachverständigen

B.1. Klimawandel und Kindergesundheit – Auswirkungen auch in Deutschland

Nach Auffassung der Sachverständigen Hartmann ist die Klimakrise vor allem auch eine Gesundheitskrise.² Wenn die Erderwärmung das bisherige Tempo beibehalte, werde die Welt für die heute geborenen Kinder vier Grad wärmer sein als im vorindustriellen Durchschnitt. Damit sei der menschengemachte Klimawandel auch aus Kindersicht als die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts anzusehen.³

Die Sachverständigen halten es für sehr wichtig, an der Erreichung des Pariser Klimaziels einer Erderwärmung von maximal 1,5 Grad zu arbeiten, die Auswirkungen des Klimawandels auf Kinder und Jugendliche weiter zu erforschen und aus den Ergebnissen dieser Forschung Handeln abzuleiten. Ärzt:innen bräuchten außerdem Fortbildungen, um richtig reagieren und betroffenen Kindern helfen zu können.⁴

Die Sachverständige Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann hob die Bedeutung von Prävention hervor, um die Gesundheit von Kindern vor Klimarisiken zu schützen. Konkret brauche es etwa Hitzepläne für Schulen.^{5 6}

Auch in Deutschland wirkt sich der Klimawandel auf Kinder aus. So kann die Erderwärmung etwa für die Verbreitung der Pollen der *Ambrosia artemisiifolia* (Beifußblättriges Traubenkraut) mitverantwortlich sein. Der Sachverständige Böse-O'Reilly wies auf das Risiko steigender Fallzahlen der „sehr unangenehmen“ Ambrosia-Allergie hin, die schnell zu Asthma führen könne.⁷

Zu erwarten ist als Folge der Erderwärmung auch eine stärkere Ausbreitung sogenannter Vektoren in Deutschland – beispielsweise Zecken, Mücken und Sandfliegen. Die von ihnen übertragenen Krankheiten würden Kinder stärker betreffen als Erwachsene. Auf diese und andere Krankheiten

² vgl. Hartmann, Sylvia: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – Fachgespräch zum Thema „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>.

³ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: ebenda, S. 10.

⁴ vgl. ebenda, S. 13.

⁵ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S.9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.

⁶ s. dazu auch Abschnitt B.7. Chancen durch Bildung für nachhaltige Entwicklung.

⁷ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – Fachgespräch zum Thema „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 10f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>.



müssen sich das Gesundheitssystem und die Menschen in Zukunft stärker einstellen.⁸

Einen erheblichen Forschungsbedarf hat Deutschland mit Blick auf meteorologische Extremwetterereignisse wie Starkniederschlag und Überschwemmungen. Gegenstand dieser Forschung sollten auch mögliche psychologische Auswirkungen auf Kinder auch in ihren späteren Lebensphasen sein, z.B. Posttraumatische Belastungsstörungen, Angstzustände und Stimmungsschwankungen – und wiederum deren mögliche Folgen.⁹

B.2. Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf Kinder

„Kinder werden schädlichen Chemikalien wie Schwermetallen oder anderen giftigen Substanzen ausgesetzt und sind dabei besonders gefährdet.“¹⁰ Kinder sind den Expertinnen Lydia Berneburg von UNICEF und Juliane Kippenberg von Human Rights Watch zufolge von Umweltverschmutzungen besonders betroffen. Sie nähmen mehr Giftstoffe auf als Erwachsene – und sie seien in allen Phasen ihrer Kindheit (und darüber hinaus) von Umweltrisiken betroffen, von der Schwangerschaft bis zum Jugendalter. Deshalb müsse dringend in eine reaktions- und anpassungsfähige medizinische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche investiert werden.¹¹

Mehr als ein Viertel der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren weltweit stehe in Zusammenhang mit Umweltrisiken. Deshalb müsse sowohl global als auch lokal gehandelt werden, zumal die Risiken zunehmen dürften. Es sei zu erwarten, dass 2040 immer noch jedes vierte Kind keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser haben werde.¹²

Umweltbedingt sei in den vergangenen Jahrzehnten eine Zunahme an chronisch-entzündlichen Erkrankungen mit Umwelteinfluss verzeichnet worden.¹³

Umweltfaktoren können Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann zufolge Gene aktivieren, die potenziell zu Erkrankungen füh-

⁸ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: ebenda, S. 11ff.

⁹ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: ebenda, S. 12.

¹⁰ vgl. Kippenberg, Juliane: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 10 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.

¹¹ vgl. Berneburg, Lydia: ebenda, S. 8 und Kippenberg, Juliane: ebenda, S. 10.

¹² vgl. Berneburg, Lydia: ebenda, S. 8.

¹³ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.



ren. Diese epigenetischen Veränderungen könnten auch vererbbar sein. Somit wären Umweltfaktoren nicht „nur“ für die Betroffenen schädlich, sondern auch für ihre Nachkommen.¹⁴

„Kinder sind besonders vulnerabel gegenüber schädlichen Chemikalien und Pestiziden.“¹⁵ Auch während der pränatalen Entwicklung und in der frühen Kindheit können etwa hormonschädigende Chemikalien Krankheiten auslösen, die im späteren Leben auftreten können.¹⁶

Kinder sind einer Vielzahl von Schadstoffen ausgesetzt. Zudem fehle es an einer umfassenden-Auskunftspflicht über Chemikalien in Produkten.¹⁷ Deshalb forderte die Expert:innen Dr. Marike Kolossa-Gehring eine Ausdehnung der Kennzeichnungspflichten, die für einen besseren Schutz sorgen, und Alexandra Caterbow eine effektivere Durchsetzung der bereits bestehenden Gesetze und Regelungen.¹⁸

Allergische Erkrankungen gehören nach Angaben von Dr. Marike Kolossa-Gehring vom Umweltbundesamt zu den häufigsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen. Sie können auch durch Chemikalien und synthetische Stoffe ausgelöst werden.¹⁹ Bereits heute wird jedes Kind in Europa laut der Sachverständigen Alexandra Caterbow mit schädlichen Chemikalien im Körper geboren. Die Exposition beginne im Mutterleib.^{20 21}

Es wird angenommen, dass der Rückgang der Fertilität auch auf Chemikalien zurückzuführen ist. Die Auswirkungen von Chemikalien seien etwa an der männlichen Fertilität abzulesen, die in den letzten 50 Jahren um mehr als 50 Prozent zurückgegangen sei. Die Rolle von Chemikalien müsse jedoch hier wie bei anderen Entwicklungen deutlicher unter die Lupe genommen werden. Dafür müssten Forschungskapazitäten geschaffen werden.²²

¹⁴ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: ebenda, S.8 und S. 21.

¹⁵ vgl. Caterbow, Alexandra: ebenda, S. 16.

¹⁶ vgl. ebenda.

¹⁷ s. dazu auch Abschnitt B.9. Verbraucher:innenrechte von Kindern stärken.

¹⁸ vgl. Kolossa-Gehring, Marike und Caterbow, Alexandra: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“ S. 13 und S. 17 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.

¹⁹ vgl. Kolossa-Gehring, Marike: ebenda, S. 13.

²⁰ vgl. Caterbow, Alexandra: ebenda, S. 16.

²¹ s. dazu auch Abschnitt B.3. Allergien und Asthma – Zunahme durch Klimawandel und schädliche Produkte.

²² vgl. Caterbow, Alexandra: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“ S. 16 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.



Durch Luftverschmutzung stürben mehr Menschen als durch das Rauchen. Vor allem Kinder seien von Luftverschmutzung betroffen. Sie atmeten pro Kilo Körpergewicht mehr Feinstaub ein als Erwachsene. Zudem hätten sie eine höhere Atemfrequenz. Außerdem verbrächten sie in der Regel mehr Zeit draußen – und sind aufgrund ihrer Körpergröße näher an den Auspuffrohren von Fahrzeugen.²³

Luftverschmutzung habe schon im Mutterleib Auswirkungen auf die Gesundheit.²⁴ Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann forderte eine Prävention mit Blick auf Umweltrisiken, um eine nachhaltige Gesundheit zu ermöglichen.²⁵

Dr. Marike Kolossa-Gehring vom Umweltbundesamt forderte regelmäßige staatliche Kontrollprogramme bzw. Studien wie die an Kindern 1992, 2003-2006, 2014-2017 durchgeführten Deutschen Umweltstudien zur Gesundheit, die das Umweltbundesamt durchführte, um die Belastung von Kindern und Jugendlichen zu erfassen sowie Belastungsquellen und mögliche Gesundheitsauswirkungen zu erforschen. Es gebe rechtlich verankertes Monitoring von Wasser, Boden und Luft, aber keines, das die menschliche Belastung und speziell die Belastung von Kindern und Jugendlichen erfasse.²⁶

Zu den Umweltfaktoren, vor denen Kinder geschützt werden müssten, gehöre auch der Lärm. Lärmverschmutzung beeinträchtigt beispielsweise das Lernen neuer Wörter bei Kleinkindern.²⁷

Der Dauerschallpegel in Gruppenräumen von Kindertagesstätten liege mit bis zu 85 Dezibel auf einem Niveau, bei dem an gewerblichen Arbeitsplätzen Gehörschutz vorgeschrieben wäre. Durch den Lärmstress in Kindertagesstätten und Schulen seien Kinder unkonzentrierter und redeten lauter. Kleinkinder schrien öfter.²⁸

Die hohen Lärmpegel in Kitas und Schulen seien zum Teil durch bauliche Mängel bedingt. Zu lange Nachhallzeiten in den Klassensälen beeinträchtigten das Sprachverstehen und die Lernleistungen der Kinder. Dies gelte besonders für jüngere Kinder, für Kinder mit Lern- und Entwicklungsauffälligkeiten sowie für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache. Raumakustische Sanierungen und kleinere Gruppen könnten

²³ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 23 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>.

²⁴ vgl. Hartmann, Sylvia: ebenda, S. 9.

²⁵ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 10 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.

²⁶ vgl. Kolossa-Gehring, Marike: ebenda, S. 24.

²⁷ vgl. Klatte, Maria: ebenda, S. 11.

²⁸ vgl. ebenda.



Abhilfe schaffen. Die zweite wichtige Lärmquelle in der Umwelt von Kindern sei Verkehrslärm. Beispielsweise beeinträchtigt Fluglärm den Nachtschlaf und die Leseentwicklung von Kindern und störe den Schulunterricht. Dementsprechend könnten verkehrspolitische Entscheidungen die Lärmbelastung für Kinder reduzieren. Auch sei eine Überarbeitung des Fluglärmggesetzes erforderlich.²⁹

B.3. Allergien und Asthma – Zunahme durch Klimawandel und schädliche Produkte

Sowohl der menschengemachte Klimawandel als auch die Umweltverschmutzung haben Einfluss auf Allergien und Asthma. Die Belastung mit Allergenen ist heute in Deutschland für Kinder und Jugendliche unausweichlich, sagte Dr. Marike Kolossa-Gehring.³⁰

Kinder und Jugendliche müssten vor der Belastung mit allergenen Stoffen geschützt werden. Dr. Marike Kolossa-Gehring vom Umweltbundesamt forderte deshalb Verbote von Allergenen in Spielzeug sowie von sensibilisierenden Stoffen in Produkten für Kinder und Jugendliche. Außerdem plädierte sie für eine stärkere Marktüberwachung und Produktkontrollen.³¹

Menschengemachter Klimawandel und Luftverschmutzung verstärkten allergische Symptome, z.B. weil manche Pflanzen wegen der steigenden Temperaturen im Herbst ein zweites Mal blühten oder weil Überschwemmungen zu einer vermehrten Schimmelbildung führen. Das hat vor allem Folgen für Kinder, deren Immunsystem sich noch ausbildet.³² „Wenn wir mehr Allergene in der Luft haben, werden mehr Kinder Allergien entwickeln.“³³

Allergische Erkrankungen gehören zu den häufigsten gesundheitlichen Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen – der Anteil betroffener Kinder sei über Jahre gestiegen. Zwar könnten Allergien durch natürliche Faktoren wie Pollen oder Tierhaare ausgelöst werden, aber Chemikalien und synthetische Stoffe wie Duftstoffe und Konservierungsmittel spielten eine Rolle bei der über Jahre registrierten Zunahme. Allergene kommen demnach in zahlreichen Produkten vor – von Lebensmitteln über Waschmitteln bis hin zu

²⁹ vgl. Klatte, Maria: ebenda, S. 12f.

³⁰ vgl. Kolossa-Gehring, Marike: ebenda, S. 14.

³¹ vgl. ebenda, S. 15.

³² vgl. Stenz, Laura: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>.

³³ vgl. ebenda.



Spielzeugen und Wohntextilien. Aufgenommen werden sie über Mund, Atmung und Haut.^{34 35}

Die Sachverständige Laura Stenz vom Deutschen Allergie- und Asthmabund (DAAB), beschrieb, wie Menschen mit Allergien oft Hindernissen begegneten, die anderen nicht einmal auffielen, z.B. Polstermöbel in Bussen und Bahnen. Diese könnten für Menschen mit Hausstaubmilben- oder Tierhaarallergie nicht geeignet sein. So fühlten sich ganze Gruppen von der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ausgeschlossen. Der öffentliche Raum müsse allergiegerecht gestaltet werden, forderte Stenz. Gebrauchte werde eine Barrierefreiheit für Allergiker:innen³⁶

Dr. Böse-O'Reilly hob die Bedeutung von Prävention hervor, um die Gesundheit von Kindern vor Klimarisiken zu schützen. Diese sollten bereits in den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Jugendliche berücksichtigt werden.³⁷

Laura Stenz berichtete, Allergien würden häufig bagatellisiert. Folgen hiervon seien eine unzureichende Versorgung und dadurch wiederum eine Gefährdung der mentalen Gesundheit. Zudem würden viele Kosten nicht von den Krankenkassen übernommen.³⁸ Vor allem für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen sei das problematisch.³⁹

B.4. Kinder von morgen sollen von einer klimaneutralen Welt profitieren

Ein Fokus in den Fachgesprächen lag auf der Frage der Generationengerechtigkeit. Der Sachverständige Nils König plädierte dafür, den Umgang mit dem Klimawandel und die Maßnahmen dagegen nicht nur als negative Kostenfaktoren zu betrachten, sondern explizit auch die Chancen auf eine positive Entwicklung zu sehen. Damit verbanden junge Sachverständige auch die Hoffnung 2050 in einer klimaneutralen Welt zu leben. Mithilfe dieser Vision könnte die Herausforderung Klimawandel auch als Chance und nicht nur als Problem behandelt werden.⁴⁰

³⁴ vgl. Kolossa-Gehring, Marike: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 13 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.

³⁵ s. dazu auch Abschnitt B.2. Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf Kinder.

³⁶ vgl. Stenz, Laura: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 15 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>.

³⁷ vgl. Böse-O'Reilly, Stephan: ebenda, S.22

³⁸ vgl. Stenz, Laura: ebenda, S. 14.

³⁹ s. dazu Abschnitt B.11. Umwelt- und Klimagerechtigkeit als soziale Fragen – auch und gerade für Kinder.

⁴⁰ vgl. König, Nils: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S.23 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.



Dr. Eckart von Hirschhausen sagte voraus: „Unsere Kinder werden es schlechter haben als unsere Generation.“⁴¹ Unter anderem aufgrund des Klimawandels sei eine Verschlechterung der Lebensbedingungen zu befürchten. Kaum etwas werde so große Auswirkungen auf das Wohl der Kinder haben wie der Klimawandel.⁴²

Bis zum Jahr 2050 sagen Sachverständige aufgrund eines durchschnittlichen Temperaturanstiegs immer mehr Hitzetage und größere Wetterextreme voraus, mit negativen Auswirkungen auf die Gesundheit. Gesundheitliche Gefahren drohten zudem durch die Ausbreitung eingewandelter Mückenarten. Eine Anpassung an die sich ändernden Bedingungen sei möglich, deshalb solle viel investiert werden, um die Veränderungen etwa für Kinder im Jahr 2050 erträglich zu machen.⁴³

Mit Blick auf die Stabilität Deutschlands mahnte Toralf Staud, die Erderwärmung zu begrenzen. „Klimaschutz bedeutet Stabilität. Klimaschutz ist Heimatschutz.“⁴⁴ Die Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung müssten schnell ergriffen werden.⁴⁵

Kinder spüren Dr. Eckart von Hirschhausen zufolge, dass irgendwas nicht mehr in Ordnung ist. Die für eine gute Kindheit maßgebliche Unbeschwertheit gehe verloren. Das belastete sie, wie an der Zunahme von Depressions- und Angststörungsdiagnosen erkennbar werde.⁴⁶

B.5. Wo und wie Kinder etwas über Klimawandel und Umweltverschmutzung erfahren

„Kinder sind neugierig und erschließen sich vorurteilsfrei ihre Umwelt.“⁴⁷ Dazu gehören das soziale Umfeld (Familie, Kindertagesstätte, Schule) und auch die Natur. Umweltbewusstsein und umweltschützendes Verhalten seien bereits bei Siebenjährigen gut ausgebildet. Bis ins Alter von zehn Jahren nähmen sie zu, fielen jedoch in der Pubertät ab.⁴⁸ Kinder bekommen laut Ute Krümmel mit, dass Bäume vertrocknen, Plastikmüll im Meer schwimmt und Bienen sterben.⁴⁹

⁴¹ vgl. von Hirschhausen, Eckart: Wortprotokoll der 54. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 23.06.2021 – „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7529033>.

⁴² vgl. ebenda.

⁴³ vgl. Staud, Toralf: ebenda, S. 10.

⁴⁴ vgl. Staud, Toralf: ebenda, S. 12.

⁴⁵ vgl. ebenda.

⁴⁶ vgl. von Hirschhausen, Eckart: ebenda, S. 15 und 18.

⁴⁷ vgl. Krümmel, Ute: Wortprotokoll der 46. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.02.2021 – „Klimawandel und Bildung“, S. 11 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7503094>.

⁴⁸ Dabei sind Umweltbewusstsein und umweltschützendes Verhalten auch schon bei Kindern nicht immer identisch. Vgl. Hohn, Thomas und Krümmel, Ute: ebenda, S. 9ff.

⁴⁹ vgl. ebenda.



Die Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“⁵⁰ belegt den hohen Stellenwert, den Umwelt- und Klimaschutz bei Jugendlichen einnehmen: Das Thema landete auf Platz eins bei der Frage nach den wichtigsten gesellschaftlichen Problemen, gefolgt vom Zustand des Bildungswesens und sozialer Gerechtigkeit. Auch in der noch nicht finalisierten diesjährigen Studie stehen Umwelt- und Klimaschutz weit oben im Interesse junger Menschen – gemeinsam mit der Wahrnehmung multipler Krisen, der Nutzung sozialer Netzwerke sowie dem kollektiven Engagement wie etwa bei Fridays for Future.⁵¹

Sachverständige aus der jüngeren Generation bemängelten, dass Schulen ihren Auftrag, Schüler:innen zu mündigen Bürger:innen nach Grundsätzen der Demokratie zu erziehen, im Bereich Klima nicht ernst genug nähmen.⁵²

B.6. Kinder engagieren sich für Klima- und Umwelt – und wollen Beteiligung

Umwelt- und Klimaschutz haben den jugendlichen Expert:innen zufolge einen hohen Stellenwert bei ihrer Generation. Viele Jugendliche engagieren sich selbst. Die Formen und die Intensitäten des Engagements variieren.⁵³ Die Forscherin Maike Gossen vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung erläuterte, die Hälfte der in ihrer Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ befragten Jugendlichen habe schon einmal eine Online-Aktion oder Online-Petition unterstützt, etwa jede:r Dritte habe bereits an einer Demonstration

⁵⁰ Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt (Hrsg.): „Zukunft? Jugend fragen! 2019“. Januar 2020. Barrierefreier Download: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/zukunft-jugend-fragen> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁵¹ vgl. Gossen, Maike: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S. 9f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.

⁵² „Dies können Schulen nur erreichen, indem sie breit gefächert über die Ursachen und Folgen des Klimawandels für uns und die nachfolgenden Generationen aufklären.“ vgl. Regel, Luisa: Wortprotokoll der 46. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.02.2021 – „Klimawandel und Bildung“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7503094>.

⁵³ In der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 (Thema: „Kinderengagement für Klima und Umwelt“) gewährten Aktivist:innen von der BUNDJugend, UNICEF und der Pfadfinderinnengemeinschaft St. Georg aus Münster Einblick in ihr Engagement. Vgl. dazu das entsprechende Wortprotokoll. Darüber hinaus waren in den übrigen Sitzungen viele andere engagierte junge Menschen als Sachverständige geladen. Vertreten waren der Landesschüler:innenausschuss Berlin (46. Sitzung); Fridays for Future Berlin und der Jugendprojektbeirat Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ (beide 47. Sitzung); eine junge Patientenvertreterin des Deutschen Allergie- und Asthmabundes, die auch dem Europäischen Allergie- und Asthmajugendparlament angehört (48. Sitzung); eine Mitklägerin vor dem Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen (49. Sitzung); die Verbraucher:inenschule Ellen-Kay-Schule aus Berlin und Preisträgerinnen des Wettbewerbs „Jugend testet“ (51. Sitzung); sowie die Initiative Schools for Future. Insgesamt waren mit 18 der 39 geladenen Sachverständigen fast die Hälfte junge Engagierte.



teilgenommen, rund ein Viertel mache bei Fridays for Future mit.⁵⁴

„Wir engagieren uns für unser aller Zukunft.“⁵⁵ Die Motivationen jugendlicher Engagierter sind vielfältig. Sie umfassen ein breites Spektrum von dem Wunsch, etwas für alle zu tun, über einen stark empfundenen Druck, dass unbedingt jetzt gehandelt werden müsse,⁵⁶ bis hin zur Sorge der jungen Menschen, dass sie von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen sein werden.⁵⁷ Vereinzelt wählten manche Aktivist:innen den juristischen Weg. So reichte eine Gruppe von Jugendlichen aus zwölf Ländern 2019 bei den Vereinten Nationen eine Kinderrechtsbeschwerde ein.⁵⁸ Als Ziele ihres Engagements nannten Aktivist:innen z.B. andere zu informieren und aufzuklären. Andere Engagierte vermittelten anderen einen Zugang zur Natur. „Denn nur, wer die Natur kennt, weiß sie zu lieben und zu schützen.“⁵⁹ Junge Sachverständige bezeichneten Jugendpartizipation und politische Teilhabe als wichtige Bestandteile einer zukunftsfähigen Politik.⁶⁰ Sie forderten Partizipationsmöglichkeiten wie etwa eine repräsentative Jugenddelegation auf Bundesebene.⁶¹ Die Engagierten eint die Erwartung, mit ihren Forderungen und Erwartungen ernst genommen zu werden. Viele empfinden eine Diskrepanz zwischen Reden und Handeln derjenigen, die in der Gesellschaft Verantwortung tragen. Pro Forma, so kritisieren sie, würden junge Menschen bisweilen gehört. Doch sähen sie nicht, dass das auch etwas bewirke.⁶²

So vielfältig wie das Engagement von Kindern und Jugendlichen für Klima und Umwelt, so vielfältig sind auch ihre Forderungen. Als Hauptforderung kristallisierte sich die nach

⁵⁴ vgl. Gossen, Maïke: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S. 10 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.

⁵⁵ vgl. Gärtner, Martha: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

⁵⁶ vgl. Pirot, Hannah: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S.14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.

⁵⁷ vgl. Ivanova, Raina: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 15 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.

⁵⁸ Darunter die zur 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“ als Sachverständige geladene Raina Ivanova aus Hamburg und die die schwedische Aktivistin Greta Thunberg. Sieh dazu auch <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2019/un-kinderrechtsausschuss-klimakrise-bechwerde/199924> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁵⁹ vgl. Menk, Celina: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

⁶⁰ vgl. Gossen, Maïke: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S.11 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.

⁶¹ vgl. König, Nils: ebenda, S. 12.

⁶² vgl. König, Nils: ebenda, S. 19.



einer strikten Einhaltung der Pariser Klimaziele, also die Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad heraus.⁶³ Damit einher geht die Forderung nach einem konkreten Handlungsrahmen.⁶⁴

Viele Forderungen der Aktivist:innen entsprechen den Pariser Klimazielen, etwa nach einer konsequenten Mobilitätswende, nach einem Umdenken bezüglich der Subventionspraxis in der Landwirtschaft, nach einer konsequenten Energiewende.⁶⁵

Expert:innen und Aktivist:innen betrachten den Klimawandel und die Umweltverschmutzung oftmals zusammen. Sie fordern deshalb auch die Förderung eines nachhaltigen Lebens in Stadt und Land, eine nachhaltige Digitalisierung, eine Reduktion des Kunststoffverbrauchs sowie eine Weiterentwicklung von Mülltrennung und Recycling.⁶⁶

Eine wiederkehrende Forderung im Zusammenhang mit dem Engagement und dem Wunsch, ernst genommen zu werden, ist die nach einer Absenkung des Wahlalters – zunächst auf 16, perspektivisch sogar auf 14 Jahre.

Gefordert wird auch ein nationaler politischer Rahmen für Engagement. Sie verweisen außerdem auf die beim Klimagipfel 2019 in Madrid verfasste Erklärung „Declaration on Children, Youth and Climate Action“.⁶⁷ Diese wird als wichtige Absichtserklärung und erster Schritt gesehen, auch wenn sie einen Rahmen für Engagement nicht ersetzen könne. Susanne Hassel von UNICEF forderte, dass auch Deutschland die Erklärung unterstützt, um die Stimme der jungen Menschen zu hören und Engagement aktiv zu fördern.⁶⁸

⁶³ vgl. z.B. König, Nils: ebenda, S. 12, Ghandour, Samira: ebenda, S. 13, Pirot, Hannah: ebenda, S. 15.

⁶⁴ vgl. Hassel, Susanne: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

⁶⁵ zu Mobilität und Subventionen in der Landwirtschaft vgl. z.B. König, Nils: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>; zu Energiewende vgl. z.B. Ghandour, Samira: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 19 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937> oder Hartmann, Sylvia: ebenda, S. 8ff.

⁶⁶ vgl. Davis, Dante: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>;

⁶⁷ Declaration on Children, Youth and Climate Action: <https://www.childreenvironment.org/declaration-children-youth-climate-action> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁶⁸ vgl. Hassel, Susanne: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.



Zu den konkreten Forderungen zählt auch jene nach besseren Bedingungen und Vergütungen für die zivilen Freiwilligendienste. Damit verbunden wird Kritik an dem neuen freiwilligen Heimatschutzdienst der Bundeswehr. Dieser stehe in Konkurrenz zu bestehenden zivilen Freiwilligendiensten wie dem Freiwilligen Ökologischen Jahr und könne diesem durch höhere Vergütungen viele Freiwillige entziehen. Zudem plädierten Sachverständige dafür, im Sinne des sozialen Friedens die Förderung einer solidarischen und umweltbewussten Zivilgesellschaft in den Vordergrund zu stellen, statt die militärische Ausbildung von Jugendlichen.⁶⁹

Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk e. V. zufolge denken Kinder und Jugendliche bei ihrem Engagement über die eigenen Interessen hinaus und nehmen das große Ganze in den Blick. „Es geht ihnen nicht nur um schöne Freiräume für sich selbst.“⁷⁰

B.7. Chancen durch Bildung für nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit muss nach Ansicht von Nils König vom Jugendprojektbeirat der Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ fest im Lehrangebot verankert werden.⁷¹ Dabei gehe es nicht zwingend darum, ein eigenes Schulfach einzurichten. Vielmehr sei ein ganzheitlicher Ansatz vonnöten, bei dem Nachhaltigkeit fächerübergreifend und zudem noch als Ziel der Institution selbst definiert werde. Thomas Hohn vom Bündnis ZukunftsBildung stellte in diesem Zusammenhang den Ansatz „Whole Institution Approach“ (WIA)⁷² vor, der im Rahmen des Bildungskonzepts Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)⁷³ entwickelt wurde. „Klimawandel muss Samira Ghandour zufolge so oft es geht Teil des Unterrichts sein.“⁷⁴

Noemi Coll Barroso von Schools for Future hob hervor, dass das Thema Klimaschutz an Schulen zuletzt immer präsenter geworden sei, was auch zu mehr Unterstützung für Projekte in diesem Bereich geführt habe. Dennoch gebe es noch viele Hindernisse. Die junge Sachverständige kritisierte, dass während der Corona-Pandemie vieles zum Stillstand gekommen

⁶⁹ vgl. Eibesh, Kawa: ebenda, S. 14.

⁷⁰ vgl. Neumann, Claudia: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 16 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

⁷¹ vgl. König, Nils: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“ S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.

⁷² s. dazu auch „Whole Institution Approach – der ganzheitliche BNE-Ansatz“ auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: <https://www.bne-portal.de/de/whole-institution-approach---der-ganzheitliche-bne-ansatz-1778.html> - (zuletzt aufgerufen am 05.06.2021).

⁷³ s. dazu Portal BNE auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: <https://www.bne-portal.de/de/was-ist-bne-1713.html> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁷⁴ vgl. Ghandour, Samira: Wortprotokoll der 46. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.02.2021 – „Klimawandel und Bildung“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7503094>.



sei. Statt die leeren Schulen während der Corona-Krise als Chance zum Umbau zu nutzen, habe man diese Gelegenheit für die Installation von Lüftungsanlagen, für Sanierungen und für die Umstellung auf alternative Heiz- und Stromversorgungssysteme oftmals ungenutzt verstreichen lassen.⁷⁵

In den Schulen brauche es mehr Aufklärung über den Klimawandel für Schüler:innen, Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und eine stärkere Einbeziehung des Themas Klimawandel in die Lehrpläne.⁷⁶

„Der entscheidende Kern für Kinder und Jugendliche im Kontext Bildung ist nicht nur informiert sein, sondern vielmehr informiert handeln.“⁷⁷ Viele Kinder und Jugendliche seien bereits für Klima- und Umweltfragen sensibilisiert. Allerdings führe das Wissen junger Menschen nicht zwingend zu nachhaltigem Handeln. Dies sei oft eine Folge von Gefühlen, Emotionen und Verbundenheit zur Natur. Bildung müsse deshalb im Klimakontext den Pfad vom Wissen zum Handeln im Blick haben.⁷⁸

Es gehe um mehr als reine Wissensvermittlung. Die Bildung stehe vor der Frage: Wie können Einstellungen das Verhalten bestimmen? Sachverständige wiesen auf das Ziel des Bildungskonzepts BNE hin, Menschen dazu zu befähigen, Zusammenhänge zu verstehen, die Folgen ihres Handelns zu erkennen, verantwortliche Entscheidungen zu treffen und dementsprechend zu handeln. Sowohl Lehrende als auch Lernende würden an der Lösungsfindung für die globalen Herausforderungen beteiligt.⁷⁹

Wichtig sei, dass auf Erkenntnis und Reflexion Entscheidungen und Handlungen folgten – und zwar partizipativ. Kinder brauchen Ute Krümmel von der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ zufolge die Erfahrung, dass sie gesehen und gehört werden – dass sie selbst wirksam sind. Partizipation forderten auch Schüler:innenvertreter:innen, etwa in Form von Klimabeiräten auf verschiedenen Ebenen und jährlicher Projekttag zu Themen wie Klimaschutz oder Nachhaltigkeit. Krümmel zufolge sollte Partizipation aber auch schon früher, z.B. in Kindertagesstätten eine Rolle spielen.⁸⁰

⁷⁵ vgl. Coll Barroso, Noemi: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 13 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

⁷⁶ vgl. Coll Barroso, Noemi: ebenda, S. 14

⁷⁷ vgl. Hohn, Thomas: Wortprotokoll der 46. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.02.2021 – „Klimawandel und Bildung“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7503094>.

⁷⁸ vgl. ebenda.

⁷⁹ vgl. Krümmel, Ute: Wortprotokoll der 46. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.02.2021 – „Klimawandel und Bildung“, S. 11 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7503094>.

⁸⁰ vgl. ebenda, S. 13



Thomas Hohn forderte, BNE schon beginnend in der frühkindlichen Bildung strukturell im gesamten Bildungssystem zu verankern. Bisher werde das Bildungskonzept nur in den Bildungs- und Lehrplänen von sechs Bundesländern überhaupt erwähnt.⁸¹

Außerdem hielt Thomas Hohn Investitionen in zeitgemäße Bildung sowie eine Qualitäts- und Qualifikationsoffensive in Aus- und Weiterbildung für nötig.⁸²

Bei BNE gehe es auch um die Bildungseinrichtungen selbst. Diese sollten beispielgebende Lernorte sein, in denen positive Erfahrungen mit nachhaltigem Handeln im Alltag gesammelt würden. Einrichtungen müssten zu klimagerechten Bildungsräumen werden, z.B. in Bezug auf Schulessen oder Mülltrennung.⁸³

Bildungseinrichtungen seien außerdem als Orte der Vorsorge vor gesundheitlichen Folgen von Klimawandel zu betrachten. So wurden konkret etwa Hitzepläne für Schulen gefordert.^{84 85}

Der Bund soll laut den Sachverständigen Länder und Kommunen im Bereich der Mobilität von Kindern und Jugendlichen unterstützen, etwa beim Ausbau von Radwegen zur Schule.⁸⁶

B.8. Kinderrecht auf gesunde Umwelt?

Lydia Berneburg von UNICEF sagte: „Aktuelle Tendenzen und Zahlen zeigen sehr eindeutig, dass die Umweltkrise eine Krise der Kinderrechte ist.“⁸⁷ Nichtregierungsorganisationen fordern, Kinderrechte in der nationalen wie der internationalen Umweltpolitik zu verankern und die formelle Anerkennung des Menschenrechts auf eine sichere, saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt durch die Vereinten Nationen.⁸⁸

⁸¹ vgl. Hohn, Thomas: ebenda, S. 9.

⁸² vgl. Hohn, Thomas: ebenda, S. 10.

⁸³ vgl. Regel, Luisa: ebenda, S. 15.

⁸⁴ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.

⁸⁵ s. dazu auch Abschnitt B.2. Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf Kinder.

⁸⁶ vgl. Neumann, Claudia: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 18 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

⁸⁷ vgl. Berneburg, Lydia: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“ S.8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.

⁸⁸ vgl. Kippenberg, Juliane: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 11 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.



Anknüpfend an die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen⁸⁹ und die ebenfalls von den Vereinten Nationen verabschiedete „Agenda 2030“⁹⁰ für nachhaltige Entwicklung sehen Sachverständige die Bundesregierung in der Pflicht, einerseits Kinder vor Umweltbelastungen und den Folgen des Klimawandels zu schützen sowie andererseits Kinderrechte umfassend in der Umwelt- und Klimapolitik zu berücksichtigen und hier auch die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken.⁹¹

Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen wird als gute normative Grundlage für den Umweltschutz angesehen. Eine gesunde und intakte Umwelt ist die Voraussetzung für die Umsetzung einer breiten Palette von Kinderrechten. Die Verwirklichung der Kinderrechte wiederum ist eine Voraussetzung für gute Umweltpolitik.

Zwar gibt es Expert:innen zufolge eine große Schnittmenge zwischen den Politikbereichen Umwelt- und Kinderrechtsschutz, doch wird diese oftmals zu wenig berücksichtigt. Neben Kinderrechtsverletzungen, die aus der Klimakrise resultierten (z.B. durch Wasserknappheit und Waldbrände) entstünden durch Umweltgifte wie Quecksilber, Pestizide oder giftige Stoffe in der Leder- und Textilproduktion Probleme.⁹² „Alle Kategorien von Kinderrechten können eine Umweltdimension haben: Schutz-, Beteiligungs- und Gewährleistungsrechte.“⁹³

Kinderrechte müssten angemessen in nationaler und internationaler Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik berücksichtigt werden. Deutschland solle sich verpflichten, internationale Vereinbarungen zu treffen, die dem Kinderrechts- und Umweltschutz dienen und sich für die formelle Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt auf internationaler Ebene einsetzen.⁹⁴

Als Ziel hinsichtlich einer normativen Verankerung des Rechts auf eine gesunde Umwelt fordern Nichtregierungsorganisationen z.B. die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention in diesem Kontext sowie die

⁸⁹ s. dazu auch Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen: <https://www.kinderrechtskonvention.info/> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁹⁰ s. dazu auch auf den Internetseiten der Bundesregierung: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/agenda-2030-die-17-ziele> (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

⁹¹ vgl. Berneburg, Lydia: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.

⁹² vgl. Berneburg, Lydia: ebenda, S. 8f. sowie Kippenberg, Juliane: ebenda, S. 10.

⁹³ vgl. Schubert, Jonas: ebenda, S. 14.

⁹⁴ vgl. Schubert, Jonas: ebenda.



Anerkennung des Menschenrechts auf eine gesunde Umwelt als wichtige Grundlage.⁹⁵

Juliane Kippenberg von Human Rights Watch forderte kurzfristig ein robustes Lieferkettengesetz, das die Instrumente der Rechtsstaatlichkeit sichert, um Umweltschäden mit Folgen für Kinderrechte in globalen Lieferketten zu vermeiden.⁹⁶

Insgesamt plädierten die Expert:innen Lydia Berneburg von UNICEF, Jonas Schubert von Terre des Hommes, Juliane Kippenberg von Human Rights Watch sowie die Klimaaktivistin Raina Ivanova, die auch dem UNICEF-JuniorBeirat angehört, für eine aktivere Haltung Deutschlands mit Blick auf die Anerkennung und Umsetzung eines Kinderrechts auf eine gesunde Umwelt.^{97 98}

Sachverständige in verschiedenen Sitzungen der Kinderkommission betrachteten das Recht auf gesunde Umwelt als grundlegend für eine Gesellschaft. Der Journalist und Autor Toralf Staud brachte auch ein Recht auf ein stabiles Klima ins Spiel. Insgesamt könnte es nach Auffassung des Arztes und Autors Dr. Eckart von Hirschhausen angebracht sein, über neue bzw. ergänzte Grundrechte nachzudenken.⁹⁹

B.9. Verbraucher:innenrechte von Kindern stärken

Im Zusammenhang mit Umweltbelastungen für Kinder hat die Kinderkommission auch schädliche Stoffe in Produkten für Kinder und Jugendliche zum Thema gemacht. In diesem Kontext wurden auch Sachverständige geladen, um zu erörtern, wie Kinder als Verbraucher:innen stärker vor schädlichen Substanzen geschützt werden können.

Kinder in Deutschland bringen laut Dr. Vera Fricke vom Verbraucherzentrale Bundesverband als Verbraucher:innen jährlich eine Kaufkraft von ca. drei Milliarden Euro auf.¹⁰⁰ Zu-

⁹⁵ vgl. Schubert, Jonas: ebenda, S. 14 und 19 sowie Hassel, Susanne: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 10 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

⁹⁶ vgl. Kippenberg, Juliane: Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 11f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674> sowie vgl. Eibesh, Kawa: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

⁹⁷ vgl. Wortprotokoll der 49. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 14.04.2021 – „Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt“, S. 7ff. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511674>.

⁹⁸ vgl. von Hirschhausen, Eckart und Staud, Toralf: Wortprotokoll der 54. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 23.06.2021 – „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“, S. 17f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7529033>.

⁹⁹ vgl. von Hirschhausen, Eckart und Staud, Toralf: ebenda.

¹⁰⁰ vgl. Fricke, Vera: Wortprotokoll der 52. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 19.05.2021 – „Kinder als Verbraucher:innen“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511690>.



gleich müssten sie als potenziell besonders vulnerable Betroffene von schädlichen Stoffen in Produkten besonders geschützt werden.¹⁰¹

Mit Blick auf Kinder und Jugendliche geht es laut Johanna Langemeyer im Verbraucher:innenschutz um die Befähigung zu bewussten Kaufentscheidungen auf der Grundlage der relevanten Informationen. Dazu kann laut Dr. Vera Fricke und Merlin Gißrau eine gute Verbraucher:innenbildung beitragen. Der Schüler Gißrau mahnte außerdem Nährwertkennzeichnungen sowie Kennzeichnungen des ökologischen Fußabdrucks an.¹⁰²

Die Verbraucher:innenbildung an Schulen gilt als wichtiger Hebel für selbstbestimmte Entscheidungen im Konsumalltag. Damit beschäftigt sich auch ein Beschluss der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2013.¹⁰³ Trotzdem gebe es bis heute bundesweit keine systematische Verankerung von Verbraucher:innenbildung an Schulen. Vera Fricke von der Verbraucherzentrale Bundesverband forderte deshalb, die Verbraucher:innenbildung als eigenen, prüfungsrelevanten Bestandteil bundesweit in die Curricula aller Schulformen zu verankern.¹⁰⁴

„Verbraucherschutz heißt auch Umweltschutz.“¹⁰⁵ Auch deshalb müssten junge Menschen nach Auffassung der als Sachverständige geladenen Berliner Schülerin Shae Hampl schon früh an das Thema Verbraucher:innenschutz herangeführt werden, z.B., indem sie in der Schule über die Folgen von Massentierhaltung aufgeklärt würden.¹⁰⁶

Der zweite wichtige Aspekt, um für bewusste und kompetente Verbraucher:innenentscheidungen zu sorgen, seien Produktkennzeichnungen. Alle sollten eigene Entscheidungen treffen – sie hätten aber das Recht darauf, diese Entscheidung bewusst zu treffen. Relevante Informationen müssten

¹⁰¹ vgl. Caterbow, Alexandra: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 16 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688> sowie auch dazu Abschnitt B.2. Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf Kinder sowie Abschnitt B.3. Allergien und Asthma – Zunahme durch Klimawandel und schädliche Produkte.

¹⁰² vgl. Fricke, Vera: Wortprotokoll der 52. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 19.05.2021 – „Kinder als Verbraucher:innen“, S. 9f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511690> sowie Gißrau, Merlin: ebenda, S. 17.

¹⁰³ s. dazu: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: „Verbraucherbildung an Schulen“ Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.09.2013. Quelle: <https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2013/Verbraucherbildung.pdf> - (zuletzt aufgerufen am 04.06.2021).

¹⁰⁴ vgl. Fricke, Vera: Wortprotokoll der 52. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 19.05.2021 – „Kinder als Verbraucher:innen“, S. 9f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511690>.

¹⁰⁵ vgl. Hampl, Shae: ebenda, S. 16.

¹⁰⁶ vgl. ebenda.



leicht zugänglich und verständlich sein. Dafür brauche es z.B. verpflichtende Produktkennzeichnungen wie Lebensmittelampeln.¹⁰⁷

Auch im Bereich Verbraucher:innenschutz plädierten Sachverständige für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Um Kinder als Verbraucher:innen zu stärken, forderte ein jugendlicher Experte eine Herabsetzung des Wahlalters.¹⁰⁸

B.10. Kindgerechte Lebensräume auch als Anpassung an den Klimawandel

Sachverständige empfahlen, die Verwaltung für das Kindeswohl und Kinderinteressen zu sensibilisieren. Insgesamt müssten die Rechte der Kinder in der Öffentlichkeit bekannter gemacht und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen beispielsweise in den Kommunen gestärkt werden.¹⁰⁹

Die Expert:innen Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk und Dominik Bär vom Kinderfreundliche Kommunen e. V. stellten die Vision einer grundsätzlich jederzeit und überall bespielbaren und eigenständig begehbaren Kommune vor. Dazu gehörten einerseits eine kinderfreundliche Stadtplanung mit einem Netz aus unterschiedlichen Spielflächen, grünen Freiflächen, temporären Spielstraßen und Naturerfahrungsräumen, an deren Planung Kinder und Jugendlichen aktiv beteiligt sind, und andererseits eine kinderfreundliche Verkehrsplanung. Die Realität sei aber von Sanierungsstau und Nachverdichtung, Bewegungsmangel bei Kindern und Verdrängung von Jugendtreffs an den Stadtrand geprägt.¹¹⁰

Als ein Beispiel für die Gestaltung kindgerechter Lebensräume wurde das in der Stadt Regensburg praktizierte Konzept einer „Spilleitplanung“ hervorgehoben.¹¹¹ Die gesamte Stadt werde dort systematisch danach betrachtet, was aus Sicht von Kindern und Jugendlichen wichtig sei für die Um-

¹⁰⁷ vgl. Gifrau, Merlin: ebenda, S. 17.

¹⁰⁸ vgl. Gifrau, Merlin: ebenda, S. 18 und 26.

¹⁰⁹ vgl. z.B. Bär, Dominik: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 8 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

¹¹⁰ vgl. Neumann, Claudia: ebenda, S. 15.

¹¹¹ s. dazu auch „Die Methode Spilleitplanung und die konkrete Durchführung in Regensburg“ auf den Internetseiten der Stadt Regensburg: <https://www.regensburg.de/leben/familien/familienfreundliche-stadt/kinder-und-jugendbeteiligung/spilleitplanung/methode-und-durchfuehrung> (zuletzt aufgerufen am 10.06.2021).



setzung der Kinderrechte. Das Ziel sei, auch mit den Instrumenten der Stadtentwicklung und Stadtplanung eine familienfreundliche und kindergerechte Stadt zu werden.¹¹²

Dominik Bär vom Kinderfreundliche Kommunen e. V. stellte allerdings fest, dass viele Kommunen gar nicht wüssten, welche Konzepte, Strukturen und Rahmenbedingungen es bereits gebe. Für sie brauche es eine bundesweit abrufbare Datenbank, die auch finanziert werden müsse.¹¹³

Als mögliche Handlungsfelder nannten Sachverständige Gebäude, Straßenräume und Fragen der Umweltgerechtigkeit.

Bei Gebäuden müsse neben „klassischen“ Klima- und Umweltschutz-Maßnahmen wie Sanierung und Photovoltaik, auch die soziale Komponente, z.B. die Knappheit von Wohnraum, berücksichtigt werden.¹¹⁴

In Bezug auf die Straßenräume sei für kindgerechte Lebensräume deren Zustand vor der Haustür sehr wichtig. Hier wurde eine Begrünung von Flächen gefordert, die zugleich eine Form der Anpassung an die Folgen des Klimawandels sei.¹¹⁵

Mit Blick auf die Umweltgerechtigkeit wurde das Beispiel der vielbefahrenen Straße angeführt. Da Menschen und Familien nach Einschätzung von Anja Bierwirth vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie in der Regel besonders beengt und meistens an viel befahrenen Straßen wohnen, bezeichnete sie eine Stadtplanung mit dem Ziel, kindgerechte Lebensräume zu schaffen, als eine Frage der Umweltgerechtigkeit.^{116 117}

Aus Sicht von Sachverständigen sollen Städteplaner:innen mehr mit Umweltmediziner:innen kooperieren. Wenn beispielsweise grüne Natur fehlt, geht das zulasten der Gesundheit (Stichwort „Missing Green“). Zudem leidet die Biodiversität, deren Verlust mit der Entwicklung von Allergien einhergeht.¹¹⁸

¹¹² vgl. Bär, Dominik: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 8ff. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

¹¹³ vgl. Bär, Dominik: ebenda, S. 11.

¹¹⁴ vgl. Bierwirth, Anja: ebenda, S. 12.

¹¹⁵ vgl. Bierwirth, Anja: ebenda.

¹¹⁶ vgl. Bierwirth, Anja: ebenda.

¹¹⁷ s. dazu auch Abschnitt B.11. Umwelt- und Klimagerechtigkeit als soziale Fragen – auch und gerade für Kinder.

¹¹⁸ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>.



Dominik Bär forderte, Kinderrechte als ressortübergreifendes Thema anzuerkennen. Die Umsetzung von Kinderrechten soll laut dem Sachverständigen Dominik Bär vom Kinderfreundliche Kommunen e. V. ein Förderkriterium in der Stadtplanung sein und „als Zwangsläufigkeit bei der Haushaltsaufstellung beachtet“ werden.¹¹⁹

Dominik Bär vom Kinderfreundliche Kommunen e. V. forderte für das Recht auf Spielen in den Kommunen Möglichkeiten der Kinderbeteiligung an der Konzeption von Spielflächen; eine kinderfreundliche Verkehrsplanung; eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Stadtplanung, dem Städtebau und der Stadterneuerung; eine kinderfreundliche Verwaltung, die die Kinderrechte achtet und fachübergreifend anwendet; eine kinderfreundlichere Straßenverkehrsordnung; mehr Maßnahmen für einen sicheren Schulweg und grundsätzlich ein kindgerechtes Wegenetz, damit Kinder sich überall frei und eigenständig bewegen könnten.¹²⁰

Claudia Neumann vom Deutschen Kinderhilfswerk drückte in diesem Zusammenhang ihr Bedauern aus, dass es bisher zu keiner Einigung auf eine Formulierung starker Kinderrechte im Grundgesetz gekommen sei.¹²¹

B.11. Umwelt- und Klimagerechtigkeit als soziale Fragen – auch und gerade für Kinder

Bei vielen verschiedenen Teilaspekten der Auswirkungen von Klimawandel und Umweltverschmutzung auf Kinder und Jugendliche kamen Expert:innen auf die soziale Dimension dieser Herausforderungen zu sprechen. Was für Erwachsene schon gelte, gelte für junge Menschen umso mehr. Für sie würden gerade die Weichen für ihre künftigen Lebens- und Entwicklungschancen gestellt. Politik und Verwaltung seien verpflichtet, das Kindeswohl in allen Gesellschaftsschichten zu schützen.¹²²

¹¹⁹ vgl. Bär, Dominik: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 11 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691>.

¹²⁰ vgl. Neumann, Claudia: ebenda, S. 18.

¹²¹ vgl. Neumann, Claudia: ebenda, S. 17.

¹²² zur sozialen Dimension: vgl. Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“: S.12 (Davis) S. 14 (Ghandour) und S. 23 (König) oder Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“: S. 15 (Stenz) oder Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“: S. 19 (Eibesh) oder Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“: S.9 (Traidl-Hoffmann), S.12 (Klatte) S.19 (Klossa-Gehring) oder Wortprotokoll der 52. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 19.05.2021 – „Kinder als Verbraucher:innen“: S. 9 (Fricke), S.14 (Voß, Langemeyer) und S. 17 (Gißrau) oder Wortprotokoll der 53.



Mehrfach wurde mit Blick auf soziale Aspekte das Beispiel von Kindern aus ärmeren Familien angeführt, die an besonders stark befahrenen Straßen wohnen. Oft seien besonders jene Familien an viel befahrenen Straßen von Abgasen und Lärm betroffen, die sich selbst gar kein Auto leisten könnten. Prof. Dr. Claudia Traidl-Hoffmann machte darauf aufmerksam, dass die Wahrscheinlichkeit an Neurodermitis zu erkranken steigt, je näher ein Kind an einer befahrenen Straße lebt. Zudem sei Neurodermitis eine Eintrittspforte für neue Allergien.¹²³ Bei Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen häufen sich nach Angaben von Prof. Dr. Maria Klatte von der TU Kaiserslautern aufgrund der Lärmbelastigung in der Nähe vielbefahrener Straßen Umweltstressoren und psychosoziale Risiken in der häuslichen Umwelt und im Wohnumfeld. Je mehr Risikofaktoren in der kindlichen Entwicklung vorhanden seien, desto ungünstiger sei die Prognose für den Entwicklungsverlauf.¹²⁴

Familien an viel befahrenen Straßen haben laut Anja Bierwirth vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie oft gar keinen Zugang zu Grünflächen. Diese seien deshalb sowohl ein Thema der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, als auch ein Thema der sozialen Gerechtigkeit.¹²⁵

Allergiker:innen haben Laura Stenz zufolge bisweilen das Problem, dass die Krankenkassen nicht alle Kosten übernehmen. Die Expertin vom Deutschen Allergie- und Asthmabund (DAAB) sprach von einer zusätzlichen Benachteiligung von Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen und von Schwierigkeiten, spezialisierte, medizinische Fachleute vor Ort zu finden.¹²⁶

Dante Davis vom Jugendprojektbeirat der Jugendstudie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ forderte einen Fokus auf die soziale Gerechtigkeit beim Umwelt- und Klimaschutz.¹²⁷ „Der

Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“ S. 15 (Neumann).

¹²³ vgl. Traidl-Hoffmann, Claudia: Wortprotokoll der 51. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 05.05.2021 – „Auswirkungen von Umweltverschmutzung und umweltschädigenden Produkten auf Kinder“, S. 9 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511688>ebenda.

¹²⁴ vgl. Klatte, Maria: ebenda, S. 12.

¹²⁵ vgl. Bierwirth, Anja: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691> s. dazu auch Abschnitt B.10. Kindgerechte Lebensräume auch als Anpassung an den Klimawandel.

¹²⁶ vgl. Stenz, Laura: Wortprotokoll der 48. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 24.03.2021 – „Auswirkungen geringer Nachhaltigkeit auf Kinder“, S. 15 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7508937>. Siehe auch dazu Abschnitt B.3. Allergien und Asthma – Zunahme durch Klimawandel und schädliche Produkte.

¹²⁷ vgl. Davis, Dante: Wortprotokoll der 47. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 03.03.2021 – „Generationenaufgabe Klimawandel“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7505027>.



Klimaschutz muss auch die soziale Gerechtigkeit umfassen.“¹²⁸ Dazu gehörten beispielsweise ein vereinfachter Informationszugang durch Produktkennzeichnungen und andere Maßnahmen, damit alle einen Zugang zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln bekämen. Johanna Langemeyer forderte, „dass Nachhaltigkeit unabhängig vom Einkommen möglich sein sollte“.¹²⁹ Anna Herberholz von der BUNDjugend NRW plädierte dafür, die intersektionale Perspektive bei Klimaschutzmaßnahmen zu berücksichtigen und mit Blick auf Klimagerechtigkeit auch Verteilungsfragen anzugehen.

Der als Sachverständige geladene Journalist und Autor Toralf Staud hob mit Verweis auf eine Studie der Organisation „More in Common“ über den Zusammenhang von Klimaschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland hervor, dass die Bereitschaft zum individuellen Mitmachen bei Maßnahmen gegen die Erderwärmung mit dem Obenanstellen der Gemeinwohlaspekte korreliere.¹³⁰ Diese Studie ergab, dass Menschen Klimaschutz besonders attraktiv finden, wenn es dabei nicht nur um Verzicht geht, sondern darum, auch das Gemeinwesen erkennbar zu stärken oder zu bereichern, z.B. durch die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs.¹³¹

Insgesamt komme es darauf an, dass es klare Regeln – eine Ordnungspolitik – verbunden mit Transparenz, verständlichen Erklärungen und eine allgemeine Verbindlichkeit gebe, d.h. dass die klaren Regeln auch für die Wirtschaft gelten müssten.¹³²

Außerdem gelte es, den Blick über Deutschland und Europa hinaus global auszurichten. So forderte Juliane Kippenberg von Human Rights Watch, Unternehmen mit einem starken Lieferkettengesetz stärker in die Verantwortung zu nehmen.¹³³ Kawa Eibesh aus dem Bundesvorstand der BUNDju-

¹²⁸ vgl. Herberholz, Anna: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

¹²⁹ vgl. Langemeyer, Johanna: Wortprotokoll der 52. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 19.05.2021 – „Kinder als Verbraucher:innen“, S. 14 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511690>.

¹³⁰ vgl. Staud, Toralf und von Hirschhausen, Eckart: Wortprotokoll der 54. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 23.06.2021 – „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“, S. 19f. bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7529033>.

¹³¹ More in Common Deutschland: „Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland“. Berlin 2021. S. 33. Quelle: <https://www.moreincommon.de/klimazusammenhalt/> (zuletzt aufgerufen am 15.09.2021).

¹³² vgl. von Hirschhausen, Eckart: Wortprotokoll der 54. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 23.06.2021 – „Deutschland 2050 – Was erwartet die Kinder von heute und morgen?“, S. 20 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7529033>.

¹³³ s. dazu auch Abschnitt B.8. Kinderrecht auf gesunde Umwelt.



gend plädierte dafür, die Flucht vor Folgen des menschengemachten Klimawandels auf Ebene der Vereinten Nationen, in der Europäischen Union und in Deutschland als Asylgrund anzuerkennen.¹³⁴

Die soziale Komponente müsse bei der Umgestaltung von Gebäuden und Straßenräumen mitgedacht werden. Es müsse genügend Grün- und Spielflächen für Kinder geben – und diese müssten auch für Kinder selbständig und sicher erreichbar sein.¹³⁵

C. Feststellungen und Forderungen der Kinderkommission

C.1. Oberste Priorität für Kindergesundheit

Klimawandel ist gerade mit Blick auf Kinder und Jugendliche eine große Herausforderung – auch bei uns in Deutschland. Kinder gehören zu den am stärksten durch den Klimawandel betroffenen Gruppen. Die Auswirkungen der Erderwärmung sind zum Teil jetzt schon spürbar und werden sich auch auf ihr späteres Leben auswirken. Kindergesundheit muss oberste Priorität haben.

Die Kinderkommission nimmt die Maßnahmen der Bundesregierung zur Kenntnis, mit denen Deutschlands Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser UN-Klimaabkommens definiert wird, und unterstützt Forderungen, auch zum Schutz von Kindern und Jugendlichen alles dafür zu unternehmen, die Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad zu begrenzen. Die beschlossenen Maßnahmen sollten regelmäßig auf ihre Fortschritte, Tauglichkeit und ihre Potenziale hin überprüft werden. Dazu gehören wiederholte Überprüfungen und eventuelle Adjustierungen der Ziele auch für Sektoren wie Stadtplanung, Bauordnung, Verkehr, Landwirtschaft und Energie.

Bund und Länder sollen in die Folgenabschätzung der kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen des Klimawandels auf Kinder und Jugendliche investieren – und aus den Ergebnissen dieser Forschung Handlungsoptionen ableiten. Im Bereich Gesundheitsforschung sind Fortbildungen für Ärzt:innen dringlich, um Kindern baldmöglichst in Präventionsmaßnahmen einzubeziehen und gesundheitsförderliche Alltagswelten zu ermöglichen. Wenn die gesunde Option zur einfachsten Wahl wird, trägt das auch zum Klimaschutz bei, z.B. wenn Schulwege bequem und sicher mit dem Fahrrad

¹³⁴ vgl. Eibesh, Kawa: Wortprotokoll der 50. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 21.04.2021 – „Kinderengagement für Klima und Umwelt“, S. 15 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511685>.

¹³⁵ vgl. Bierwirth, Anja: Wortprotokoll der 53. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestags am 9.06.2021 – „Kindgerechte Lebensräume für alle Kinder“, S. 12 bzw. Videoaufzeichnung: <https://dbtg.tv/cvid/7511691> sowie Neumann, Claudia: ebenda, S. 17.



zurückgelegt werden und es in Kindertagesstätten und Schulen gesundes, abwechslungsreiches und überwiegend pflanzliches Essen gibt.

Auch durch Umweltverschmutzung und den Einsatz schädlicher Chemikalien in Alltagsprodukten sind Kinder besonders belastet und verwundbar. Sie nehmen mehr Giftstoffe auf als Erwachsene und leiden stärker darunter. Durch epigenetische Veränderungen drohen sich Krankheiten zudem über Generationen zu verstetigen. Die Kinderkommission regt deshalb regelmäßige Kontrollprogramme bzw. Studien an, um die Belastung von Kindern und Jugendlichen durch schädliche Stoffe in Alltagsprodukten zu erfassen sowie Belastungsquellen zu ermitteln und zu beheben.

Die Kinderkommission befürwortet eine Auskunftspflicht und Kennzeichnungspflicht für Schadstoffe in Produkten, die laufend aktualisiert wird, sowie eine Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben.

In Europa kommt nach jüngsten Untersuchungen jedes Kind mit schädlichen Chemikalien im Körper zur Welt. Die Kinderkommission unterstützt Maßnahmen, diesen Umstand zu ändern. Sie setzt sich auch dafür ein, dass Luftverschmutzung die Gesundheit von Kindern nicht schon pränatal beeinträchtigt sowie die Lärmbelastung und die Belastung mit Allergenen reduziert werden.

Die Kinderkommission fordert, noch mehr zu unternehmen, um die Gesundheit von Kindern vor negativen Umwelteinflüssen und Schadstoffen zu schützen.

Die Bundesregierung soll die Erforschung von-Allergenen und sensibilisierenden Stoffen in Produkten für Kinder fördern, sich bei der EU für Verbote von erwiesenermaßen schädlichen Stoffen einzusetzen – und diese mit einer stärkeren Marktüberwachung und Produktkontrollen durchzusetzen. Gleiches gilt für Chemikalien sowie Duftstoffe und Konservierungsmittel in Lebensmitteln, Waschmitteln, Körperpflegeprodukten, Bastelutensilien oder Spielzeug.

Die Kinderkommission empfiehlt eine bundesweite Strategie für eine zumindest auf Kinder und Jugendliche bezogene Barrierefreiheit für Allergiker:innen unter Einbezug pharmazeutischer Prophylaxeprodukte nach Nutzenbewertung und Schulungsprogramme für junge Patienten durch die Krankenkassen zu prüfen.

Die Kinderkommission setzt sich für die Unterstützung von Initiativen zur Reduzierung der Lärmbelastung von Kindern und Jugendlichen ein.



C.2. Kinder zu Verständnis, Engagement, wirkungsvollem Handeln, Partizipation und Verantwortungsübernahme befähigen

Nach der Änderung des Klimaschutzgesetzes durch die Bundesregierung, das entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25.4.2021 verschärfte Zielvorgaben für den Klimaschutz festlegt, setzt die Kinderkommission sich dafür ein, die beschlossenen Zielvorgaben für die Wirtschaftssektoren für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2045 regelmäßig zu kontrollieren und eventuell zum Zwecke der Zielerreichung zu revidieren und anzupassen.

Kinder bekommen früh mit, was in der Natur und in ihrer Umwelt geschieht. Umwelt- und Klimaschutz haben für sie einen hohen Stellenwert, auch in der zuletzt vieles überdeckenden Corona-Krise. Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen sollten dies berücksichtigen und mit den notwendigen Kapazitäten ausgestattet werden, um Kinder und Jugendliche altersgerecht über Klimawandel und Umweltverschmutzung und deren Folgen aufzuklären.

Die Kinderkommission legt Bund und Ländern nahe, das Engagement von Kindern und Jugendlichen für Klima- und Umweltschutz zu würdigen und sie darin zu unterstützen – sowohl im Sinne einer Förderung ihres bürgerschaftlichen Engagements als auch mit dem Ziel, mit breitestmöglicher ziviler Unterstützung gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung vorzugehen. Ersteres sollte die Bereitstellung von Räumen und Orten für ihr Engagement einschließen.

Die Kinderkommission unterstreicht ihre Stellungnahme vom 25.4.2021 und befürwortet die Einrichtung von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern schon im frühesten Kindesalter, z.B. in Kindertagesstätten.

Die Kinderkommission bekräftigt ihr Engagement dafür, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen und beteiligt, ihre Perspektiven und Wünsche beachtet werden. Sie empfiehlt der Bundesregierung, den zu erwartenden General Comment des UN-Kinderrechtsausschusses zu einem Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt sowie in diesem Rahmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur „Declaration on Children, Youth and Climate Action“ sorgfältig zu prüfen. Die Kinderkommission würde außerdem begrüßen, die Bedingungen für bestehende Freiwilligendienste einheitlich zu gestalten und die Zahl der verfügbaren Plätze deutlich zu steigern.

Die Kinderkommission hält es für erstrebenswert, Kinder und Jugendliche zu Engagement auch gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung und Beteiligung zu befähigen und fühlt sich auch mit Blick auf den Erhalt der Lebensgrundlagen den Kindern der Zukunft verpflichtet.



Um Kinder und Jugendliche in diesem Sinne zu befähigen, fordert die Kinderkommission die Bundesländer auf, das Thema Nachhaltigkeit im Lehrangebot zu verankern. Die Kinderkommission empfiehlt, einen ganzheitlichen Ansatz wie den im Rahmen der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) erarbeiteten „Whole Institution Approach“ (WIA) zu prüfen. Die UN-Nachhaltigkeitsziele sowie Klimafragen sollen dabei einen deutlichen Raum im Unterrichtsgeschehen einnehmen und auch zu den Zielen der Bildungseinrichtungen selbst gehören. Die Kinderkommission befürwortet eine strukturelle Verankerung von BNE im gesamten Bildungssystem. Der Ansatz sollte auf die Befähigung zu Verantwortung und Handeln abzielen.

Die Kinderkommission regt Bund und Länder an, in Qualifikation, Aus- und Weiterbildung von Bildungspersonal und Bildungseinrichtungen im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu investieren. Bereits laufende entsprechende Projekte sollten in der Übergangszeit weiterfinanziert werden.

Die Kinderkommission fordert die Bundesregierung auf, auf europäischer Ebene auf ein Förderprogramm für BNE hinzuwirken und die Bundesländer bei der Einführung von entsprechenden Projekten zu unterstützen.

Bildungseinrichtungen sollen bei Investitionen in Präventionsmaßnahmen wie Hitzepläne, Schattenoasen und andere bauliche Maßnahmen im Einvernehmen mit den Ländern unterstützt werden.

Die Kinderkommission befürwortet Maßnahmen für eine kinderfreundliche Stadt- und Verkehrsplanung, an der Kinder und Jugendliche aktiv beteiligt werden. Sie begrüßt es, dass die Bundesregierung beispielsweise das Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ unterstützt.

Die Kinderkommission befürwortet eine stärkere Einbeziehung des Themas Klimawandel an den Schulen.

Die Kinderkommission befürwortet die Verknüpfung des Kinderrechts auf Spielen mit einer stärkeren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtplanung, Städtebau und Stadterneuerung. Sie begrüßt die Einrichtung leicht erreichbarer ökologischer und naturnaher Angebote sowie die Einrichtung von temporären Spielstraßen und Naturerfahrungsräumen.

Die Kinderkommission regt Initiativen an, die dazu beitragen, dass Kinder sich freier, eigenständiger und sicherer im öffentlichen Raum bewegen können.



Die Kinderkommission appelliert an die Kommunen, die Verwaltung vor Ort kinderfreundlich auszurichten, die Kinderrechte zu achten und diese fachübergreifend anzuwenden.

Die Kinderkommission wiederholt in diesem Zusammenhang die Feststellung aus ihrer Stellungnahme vom 25.04.2021, dass sie die Prüfung einer Absenkung des Wahlalters durch die Wahlrechtsreformkommission begrüßt. Grundsätzlich begrüßt die Kinderkommission verlässliche Rahmenbedingungen der strukturellen Förderung politischer Partizipation.

C.3. Kinderrecht auf gesunde Umwelt voranbringen – Kinder als Verbraucher:innen stärken

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages erkennt an, dass mit dem Klimawandel und der Umweltverschmutzung eine Krise des Kindeswohls, eine Krise der Kindergesundheit und eine Krise der Kinderrechte einhergeht.

Die Kinderkommission fordert die Bundesregierung auf, den Schutz von Kinderrechten, Umwelt und Klima in internationalen Vereinbarungen einzubringen. Dies kann beispielsweise durch Vereinbarungen in internationalen Handelsabkommen geschehen.

Die Kinderkommission fordert die Bundesregierung auf, in dieser Hinsicht weiterhin eine aktive Rolle auf dem internationalen Parkett einzunehmen und z.B. zu prüfen, ob auf lange Sicht die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Kinderrechtskonvention mit Blick auf Förderung des Aufwachsens in einer Umwelt ohne schädigende Einflüsse sinnvoll erscheint.

Die Kinderkommission regt Maßnahmen zur Stärkung von Kindern als Verbraucher:innen an, z.B. das Hinwirken auf kindgerechte Kennzeichnungen.

Die Kinderkommission fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu prüfen, um die gezielt an Kinder gerichtete Vermarktung nachweislich ungesunder Lebensmittel und suchtgefährdender Produkte zu unterbinden.

Bund und Länder sollten Bildungsangebote zur Befähigung von Kindern und Jugendlichen zu bewussten Kaufentscheidungen unterstützen. Hierbei sind die Verbraucher:innenbildung auch an Schulen zu verstärken und leicht verständliche, alle relevante Informationen beinhaltende Produktkennzeichnungen anzustreben. Geschlechtsbezogene Zuschreibungen, Erwartungshaltungen und Verhaltensweisen sind dabei einzubeziehen und kritisch einzuordnen.

Auch im Bereich Verbraucher:innenschutz sind Wege zu mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen etwa bei der Aufstellung von Prüfkriterien zu prüfen.



Die Kinderkommission regt weitere Bemühungen an, die Position von Kindern und Jugendlichen durch eine Aufnahme von Kinderrechten im Grundgesetz zu stärken. Die Kinderkommission fordert, die Bemühungen um eine Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz zeitnah wieder aufzunehmen.

Zusätzlich regt die Kinderkommission an, Möglichkeiten zu prüfen, um angesichts der Herausforderungen von Klimawandel und Umweltverschmutzung neue bzw. zusätzliche Grundrechte für Kinder einzuführen.

C.4. Klima- und Umweltschutz sozial – für die Zukunftschancen von Kindern

Die Kinderkommission erkennt an, dass die Auswirkungen von Klimawandel und Umweltverschmutzung auf Kinder und Jugendliche auch eine soziale Dimension haben. Sie fordert Bund und Länder auf, mehr dafür zu tun, die Korrelation zwischen schlechteren Lebens- und Entwicklungschancen junger Menschen und ihrem sozioökonomischen Status, zu durchbrechen, damit Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringen Einkommen nicht stärker als andere Umweltgiften, den Folgen der Erderwärmung und Lärm ausgesetzt sind und wie andere die Chance zu einer nachhaltigen Lebensführung haben.

Die Kinderkommission setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Chancengleichheit und ein Recht auf saubere Umwelt und Schutz vor Klima- und Umweltfolgen für alle Kinder und Jugendlichen ein – unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status. Die Kinderkommission betrachtet es als eine wichtige Gerechtigkeitsfrage, das Kindeswohl in allen Gesellschaftsschichten zu schützen.

Die Kinderkommission bemängelt, wenn Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen höheren Gesundheitsrisiken durch Klimawandel und Umweltverschmutzung ausgesetzt sind (z.B. weil sie in Quartieren mit weniger Grünflächen leben oder in der Nähe stark befahrener Straßen). Sie ruft zu mehr politischem und gesellschaftlichen Engagement auf, um diesem Umstand entgegenzuwirken. Dazu gehört auch, die Teilnahmeraten der U-Untersuchungen für Kinder weiter zu erhöhen und die Maßnahmen zur Prävention von Allergien und Krankheiten wie Neurodermitis auf allen Ebenen weiter zu verstärken. Eine generelle Kostenübernahme für Prophylaxe- und Verhaltensschulungen sowie für Basisprodukte der Therapie bei Kindern und Jugendlichen soll geprüft werden.

Die Kinderkommission fordert die Bundesregierung und die Bundesländer dazu auf, alles dafür zu tun, damit Kinder und Jugendliche im Sinne sozialer Gerechtigkeit unabhängig



vom Einkommen ihrer Familien Zugang zu nachhaltigen Produkten, gesunden Lebensmitteln, gesundheitsfördernden Alltagswelten, umwelt- und kinderfreundlichen Quartieren – auch Grünflächen – sowie Schutz vor gesundheitsschädlichen Stoffen oder Umfeldern erhalten. Alle Kinder und Jugendlichen, egal welchen Geschlechts, sollen gute Gesundheitschancen bekommen, deswegen sind Präventionskonzepte geschlechtersensibel auszugestalten.

Die Kinderkommission legt Wert auf die Feststellung, dass Maßnahmen gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung so angelegt werden, dass das Gemeinwesen davon profitiert und gestärkt wird.

Die Kinderkommission sieht auch im Kontext eines sozial gerechten Klima- und Umweltschutzes eine internationale und globale Dimension. Die Klimakrise trifft in erster Linie den globalen Süden und damit die Länder dieses Planeten, die historisch betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Aus diesem Grund fordert die Kinderkommission die Bundesregierung auf, sich weiterhin in den europäischen Gremien und weltweit für den Klimaschutz und die Bewältigung der unabwendbaren Folgen des Klimawandels – darunter auch Flucht vor den Folgen der Erderwärmung – einzusetzen.

Charlotte Schneidewind-Hartnagel, MdB